

AUFGABENVERÄNDERUNG BEI DEN REGIERUNGSSTATTHALTERN DES KANTONS LUZERN

Vorschläge für einen Leistungsauftrag und die organisatorische Einbindung

KONTEXT

Die Regierungsstatthalter sind Aufsichtsbehörde über die Gemeinden ihres Amtes und deren Behörden. Wesentlicher Bestandteil ist die Finanzaufsicht. Ferner sind sie unmittelbare Fachaufsichtsbehörde im Zivilstands-, Vormundschafts- und Erbschaftswesen, wo sie zum Teil auch als Beschwerdeinstanz eingesetzt sind, so insbesondere in Kinderschutzsachen. Sie entscheiden erstinstanzlich über Adoptionen, den Entzug der elterlichen Gewalt und die fürsorgerische Freiheitsentziehung Erwachsener sowie über den Grundstückerwerb durch Personen im Ausland. Sie besorgen nach den Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege die Rechtshilfe und die Vollstreckung durch unmittelbaren Zwang und Ersatzvornahme. Sie sind Anlaufstelle für die Gemeinden und die Bevölkerung bei Fragen in allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten.

Die Regierungsstatthalter unterstehen der Dienstaufsicht des Justiz- und Sicherheitsdepartements, fachlich jedoch der Aufsicht des Departements, für das sie tätig sind, so insbesondere auch des Finanzdepartements und des Gesundheits- und Sozialdepartements. Das Pflichtenheft der Regierungsstatthalter im Kanton Luzern wird in Zukunft jedoch eine Reihe von Veränderungen erfahren. Grund dafür sind unter anderem der neue Finanzausgleich im Kanton, das neue Gemeindegesetz inklusive Finanzhaushaltsrecht sowie der Fortschritt der Gemeindereform 2000 plus.

ZIEL DES PROJEKTS

Im Mittelpunkt des Projekts steht die Frage, wie die Regierungsstatthalter künftig organisatorisch angegliedert sind und wie ihr Leistungsauftrag auszugestaltet ist, damit die Aufgaben der Regierungsstatthalter entsprechend den geänderten Rahmenbedingungen weiterhin optimal erledigt werden.

METHODE

Als Grundlage dienen Gespräche mit Regierungsstatthaltern und weiteren Personen aus der Verwaltung des Kantons Luzern. Ferner wurden uns von den Regierungsstatthaltern Zahlen zur Rechnung und der Leistungserfassung 2003 zur Verfügung gestellt. Daraus werden Vorschläge erarbeitet, welche in mehreren Workshops diskutiert werden. Endprodukt des Projekts wird ein Bericht zuhanden des Regierungsrates sein, der Empfehlungen bezüglich der Neuorganisation der Regierungsstatthalter abgibt.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Projektleitung: Stefan Rieder, Dr. rer. pol.

rieder@interface.politikstudien.ch, Tel.: +41 (0)41 412 07 12, www.interface-politikstudien.ch
